

# Tarifabschluss in Hessen mit Laufzeit 1.3.19 bis 30.9.21

30.03.2019

**Am Freitag, 29.03.2019, wurde in einer Pressekonferenz die Tarifeinigung bekanntgegeben. Die Tarifvertragsparteien vereinbarten stufenweise Entgelterhöhungen von insgesamt 7,8 Prozent mit einer Laufzeit von 33 Monaten.**

Die Tarifvertragsparteien vereinbarten Entgelterhöhungen mit folgenden Gesamtvolumen:

- zum 1. März 2019 von 3,2 v.H. (mindestens 100 Euro)
- zum 1. Februar 2020 von 3,2 v.H. (mindestens 100 Euro)
- ab 1. Januar 2021 von weiteren 1,4 v.H. (mindestens 40 Euro)

Desweiteren wurden Verbesserungen für Auszubildende und Beschäftigte in niedrigen Lohngruppen vereinbart.

Die Mindestlaufzeit des Tarifabschlusses gilt bis 30. September 2021.

Ein Bestandteil der Tarifeinigung ist die weitere Bereitstellung des „LandesTicket“ für alle Beschäftigten beim Land Hessen in den nächsten 33 Monaten.

**Erstmals wurde die Übertragung des Ergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger im Vertrag festgehalten bzw. mit verhandelt.**

Den kompletten Tarifvertrag kann man hier nachlesen:

[https://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/einkommenstabellen/190329\\_EPP\\_2019\\_Allg-Verwaltung.pdf](https://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/einkommenstabellen/190329_EPP_2019_Allg-Verwaltung.pdf)

Der BDK Hessen begrüßt die schnelle Einigung der Tarifparteien mit der sofortigen Zusage der Übertragung des Ergebnis für Beamte und Versorgungsempfänger und die Beibehaltung des „LandesTicket“.

Kritisch anzumerken bleibt die lange Laufzeit von 33 Monaten, die das scheinbar gute Ergebnis entscheidend schmälert. Am Ende wird es wieder im März 2022 neue Tarifverhandlungen geben, bis dahin sind es dann rein rechnerisch lediglich 2,6 % mehr pro Jahr.

Bei einer jährlichen Inflationsrate von zuletzt 1,8 % in 2017 und 1,9 % in 2018 (Quelle: Statistisches Bundesamt, [www.destatis.de](http://www.destatis.de)), bleiben die Gehaltszuwächse für die Beschäftigten des Landes Hessen damit auf einem sehr überschaubaren Niveau.

Hoffentlich rächt sich das nicht in der Personalgewinnung für die nächsten Jahren. Die mehr als 266.000 Beschäftigten des Landes Hessen müssen schließlich auch noch unter den Besoldungsrückständen aus den Vorjahren leiden, in dem die Abschlüsse in Hessen geringer wie in den Nachbarländern und beim Bund waren.